

Big Business

Milliarden sollen in Zukunft mit Bildung zu verdienen sein: kein Wunder, dass Privatunternehmen in das Geschäft mit Schulen, Nachhilfe oder Unterrichtsmaterialien drängen. Manchmal auf Kosten der Unabhängigkeit

Text: Thomas Schuler

Illustration: Jindrich Novotny

→ Manfred Faber, 55, hat mehr als 20 Jahre Berufserfahrung als Fachlehrer für Mathematik und Physik. Er hat Schüler von der 1. bis zur 10. Klasse unterrichtet – „in allen Fächern außer Englisch und Sport“, wie er

sagt, auch Sonderschüler, und er erinnert sich noch gut an die ersten Begegnungen mit

der Bertelsmann Stiftung vor rund zehn Jahren. Zwei „freundliche, kompetente Damen“ hätten sich als Beraterinnen angeboten. Er und seine Kollegen waren froh, dass sie mit ihnen über ihre Arbeitsüberlastung reden konnten. „Sie gaben uns Orientierung, wie wir untereinander und mit unseren Schülern umgehen sollen.“ Zwei Jahre dauerte das Coaching im Zuge eines Projektes für „Gute gesunde Schule“, an dem sich in Berlin die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft und gut ein Dutzend Schulen beteiligten.

Seinen wirklichen Namen möchte Faber nicht gedruckt sehen, weil die Behörden ihn zur Verschwiegenheit verpflichtet haben. Zudem seien die Aktivitäten der Stiftung ein heikles Thema unter Kollegen. Es gäbe viele Fragen: Wieso macht die Stiftung das? Nur aus Interesse am Gemeinwohl? Ihr Geld kommt schließlich vom Medienunternehmen Bertelsmann, dem der Verlag Gruner + Jahr („Stern“, „Neon“) gehört, aber auch der Privatsender RTL, der eher wenig mit Bildung am Hut hat.

Auch Lehrer Faber hat so seine Fragen: Wozu die vielen Bewertungsbögen? Was steckt hinter den Schlagworten „Soft Skills“, „Effizienz“ und „Evaluierung“? Wieso werden Daten nicht von den Behörden, sondern mittels einer maßgeblich von der Bertelsmann Stiftung entwickelten Software ausgewertet, und was machen sie mit all den Informationen über Unterrichtsklima und -verlauf, obwohl sie nur ein Projekt zur „Guten gesunden Schule“ betreuen?

Andere sind unkritischer – gerade in Zeiten, in denen am Bildungsetat gespart und Schulen mehr Effizienz abverlangt wird. Jedenfalls kommt die Stiftung bei Behörden und Ministerien mit ihren Rezepten gut an: Hunderte Schulen aus allen Bundesländern lassen Schulleiter und Lehrer mittlerweile durch die Stiftung coachen und haben sich im Gegenzug verpflichtet, ihren Unterricht mithilfe eines computergestützten Bewertungssystems

selbst zu bewerten. Schüler, Lehrer und Eltern füllen Fragebögen aus, die Daten daraus landen bei der Stiftung.

Vordergründig organisiert sie harmlose Projekte wie „Gute gesunde Schule“ und „Musikalische Grundschule“, veröffentlicht einen „Lernatlas“ und andere Studien und Umfragen zu Bildungsthemen oder tritt für sozial verträglich klingende Ziele wie die Abschaffung der Sonderschulen und gemeinsamen Unterricht mit Behinderten ein. Doch eigentlich, sagt Manfred Faber, sammle sie Daten: „Mehr Daten als die Schulbehörden und die Kultusministerien zusammen.“ Der Fragebogen für Lehrer umfasst 145 Fragen auf 22 Seiten, für Schüler ab der 7. Klasse 96 Fragen auf 16 Seiten und für Schüler bis zur 6. Klasse und Eltern jeweils 70 Fragen auf 14 beziehungsweise 10 Seiten. Jede Frage umfasst bis zu 8 Unterfragen. Faber empfand viele Fragen als unwissenschaftlich und die Kontrolle als lästig. Die Stiftung versichert, dass die Daten den Schulen gehören, außerdem seien keine Rückschlüsse auf einzelne Schulen möglich. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat dennoch Bedenken, weil die Stiftung sich vor 2008 angeblich vertraglich zusichern ließ,

Die Gewerkschaft bemängelt, dass der Einfluss privater Unternehmen zu groß wird

dass sie die Daten auch anderweitig nutzen kann. Wozu? Dazu gibt die Stiftung keine Auskunft. Sie betont allerdings, dass sie heute keine Nutzungsrechte an den Daten der Schulen besitze.

„Die Grenzen zwischen Staat und Markt, zwischen Öffentlichem und Privatem, zwischen neutralem Bildungsauftrag und privatwirtschaftlicher Indienstnahme sind fließender und löchriger, als es auf den ersten Blick scheint“, kritisiert die GEW in ihren regelmäßig erscheinenden Berichten zur Privatisierung des Bildungswesens. Dabei sei die Schule der Sektor, der am meisten dem Staat und dem Grundgesetz verpflichtet sei. Doch das grundgesetzliche Gebot der Neutralität und Chancengleichheit vertrage sich nicht mit Gebühren, Marktinteressen oder Kommerz.

Es gibt mittlerweile einige gemeinnützige Stiftungen privater Unternehmen, die



sich um Bildungsbelange kümmern: die Robert Bosch Stiftung, die Mercator-Stiftung, die Herbert Quandt-Stiftung, die Deutsche Bank Stiftung, die Telekom Stiftung, die Vodafone Stiftung oder die Stiftung des Haribo-Unternehmers Hans Riegel. Aber keine davon hat so viel Einfluss auf die Bildungspolitik wie die Bertelsmann Stiftung aus Gütersloh.

Die besitzt mittlerweile (zusammen mit der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz) eigene Tochterinstitute wie das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), mit dem sie einzelne Universitäten und die Kultusministerien der Bundesländer berät und ein beliebtes Ranking der Universitäten erstellt. Mit ihm bestimmt sie, welche Hochschulen starken Zulauf an Studenten und Geldmitteln erhalten.

Aus dem Schuldirektor könnte so eine Art Manager werden

Die GEW beschreibt die Bertelsmann Stiftung als Sphinx mit zwei Gesichtern: als „Dienerin der Gesellschaft und als trojanisches Pferd der neoliberalen Privatisierer“. Die Gewerkschaft hat 2009 beschlossen, nicht mehr mit der Stiftung zu kooperieren, weil die Ziele der Stiftung „nicht mit denen der GEW vereinbar“ seien. Während die GEW von Staatlichkeit, Steuerfinanzierung und Demokratie geprägt sei, gehe es Bertelsmann um Wettbewerb, Markt, Effizienz und Effektivität.

In Deutschland würde die Bertelsmann Stiftung gerne den Beamtenstatus der Lehrer abschaffen und ihre Arbeitsverträge flexibler gestalten. Damit stünde Bertelsmann und anderen Unternehmen auf einen Schlag ein neues Geschäftsfeld offen: Mit Billiglehrern könnten sie Schulen betreiben und Gewinn erwirtschaften. Bislang ist ihnen das mit allgemeinen Schulen noch nicht gelungen, weil die Personalkosten zu hoch sind.

Zunächst in NRW, dann in anderen Bundesländern hat sie das Modell der selbstständigen Schule etabliert. Dabei soll ein Schulleiter selbst entscheiden, ob er seinen Etat lieber für ein Chemielabor oder eine zusätzliche Lehrkraft einsetzen will. Die GEW warnt davor, dass Schulleiter so ver-

Pimp my vita?

Die Initiative Teach First sorgt dafür, dass Menschen unterrichten, die eigentlich keine Lehrer sind

Text: Imke Emmerich

→ Sie sind keine Pädagogen, aber die Fellows der Initiative „Teach First“ haben sehr gute Studienabschlüsse in Fächern wie BWL, Bio oder Jura und zum Teil schon Karriere in der Wirtschaft gemacht. Mit Teach First können sie noch mal etwas ganz anderes ausprobieren: junge Menschen an ihrer Erfahrung teilhaben lassen. Diesen Sommer treten wieder 80 Fellows ihren Schuldienst an. Bewerberauswahl, dreimonatiger Pädagogik-Crashkurs und Fortbildungen werden von Förderern bezahlt, das Gehalt der Fellows (1.750 Euro brutto im Monat) kommt aus den Töpfen der Bundesländer. Für einige Schulräte und Gewerkschafter ist das ein Unding. Sie sorgen sich, dass das Klassenzimmer zum Abenteuerspielplatz für künftige Führungskräfte wird. Der Trip in die Schule als Probe für die Härten in der Geschäftswelt.

DHL, Siemens, Lufthansa, McKinsey – die lange Liste der Teach-First-Förderer liest sich tatsächlich wie ein Who's who der Wirtschaft. Sie alle machen, was sie auf Marketingdeutsch „Corporate Social Responsibility“ nennen: Sie übernehmen unternehmerische Verantwortung im Sozialen. Kritiker nennen es Weichspülgang. „Ich kann die Kritik verstehen, wenn man glaubt, dass unsere Fellows das Ganze nur machen, weil sie sich nachher bessere Jobchancen ausrechnen. Hier liegt ein Missverständnis vor: Fellows werden junge Menschen, die sich überlegen, was es sonst noch gibt – außer der Karriere“, sagt Ulf Matysiak, Geschäftsführer von Teach First Deutschland.

Auch Sebastian Mildner findet, dass man das Engagement der Wirtschaft nicht verteufeln sollte. „Natürlich muss dabei gewährleistet sein, dass kein Einfluss auf unsere Arbeit genommen wird“, sagt er. Sebastian ist seit knapp einem Jahr als Fellow an der Hamburger Ganztagsstadteilschule Mümmelmannsberg. Die ist in der Hansestadt bekannt. „Man findet unter den Schülern wenige, die in rundum guten Verhältnissen aufwachsen. Gewalt in der Familie, Arbeitslosigkeit, Armut – alles dabei.“ Sebastian selbst hat es im Leben bisher recht einfach gehabt: schöne Kindheit und das Abi in der Kleinstadt. Bundeswehr. Duales Studium. Danach noch ein MBA. Zuletzt die Stelle in der Presseabteilung der Deutschen Tourenwagen-Meisterschaft. Ganz erfüllt hat es ihn nicht. „Jetzt kriege ich zwar wesentlich weniger Geld, aber auf menschlicher Ebene ganz schön viel zurück.“ Gemeinsam mit den Lehrerkollegen gestaltet Sebastian Unterrichtsstunden, übernimmt Fördergruppen, nachmittags bietet er Fußball- oder Basketballstunden an. Noten geben und Zeugnisse schreiben bleibt weiterhin Sache der Lehrer. Für die Berliner Bildungsgewerkschaft ist die Arbeit von Fellows wie Sebastian eine „Verschwendung und Zweckentfremdung von Mitteln, die für die Einstellung von Lehrern und Lehrerinnen vorgesehen waren“, wie sie in einem Beschluss bekräftigt. Tatsächlich fragt man sich, warum das Geld der Länder nicht einfach in neue Lehrerstellen fließt. Sebastian kennt die Kritik. „Wir Fellows stehen nicht in Konkurrenz zu den Lehrern. Am Ende sollen die Schüler doch davon profitieren, dass wir durch unsere verschiedenen Hintergründe anders an die Dinge herangehen.“

Wie Sebastian ist auch Masjar Emanuel Nashat bisher ziemlich erfolgreich durchs Leben gegangen. Der 25-Jährige arbeitet seit einem Jahr an einer integrierten Sekundarschule in Berlin, vorher hat er Politik studiert. „Wir haben kein Öl. Wir haben unsere Köpfe, und wir haben Schüler, die irgendwann mal auf eine gute Idee kommen.“ Masjar will was verändern, zumindest im Kleinen. „Schüler brauchen Vielfalt. Bei uns an der Schule genießen sie die Mischung aus erfahrenen Kollegen, Referendaren und jungen Hochschulabsolventen wie mir.“ Die Schulleitung setzt ihn dort ein, wo individuelle Förderung notwendig ist. Und hier entstehen die kleinen Erfolgserlebnisse: Wenn das Vokabeltraining Wirkung zeigt oder der Klassenkasper nach einem Gespräch etwas besser zuhört. Masjar und Sebastian wirken nicht so, als wollten sie ihren Lebenslauf noch schnell mit Sozialkompetenz aufpimpen. Sie können sich sogar vorstellen, auch nach den zwei Jahren im Schulbereich zu bleiben. Laut Ulf Matysiak ist das keine Seltenheit. Von den ersten Fellows sei etwa die Hälfte im Bildungssektor geblieben. ←

leitet würden, Aushilfskräfte und Billiglehrer einzustellen. Mit viel Geld und zahlreichen Konferenzen, mit langem Atem und einem ausgesuchten Netzwerk von Wissenschaftlern, Politikern und Meinungsführern haben die Stiftung und ihr Centrum für Hochschulentwicklung die Hochschulpolitik reformiert. In das Hochschulfreiheitsgesetz in NRW wurden Anregungen der Stiftung direkt aufgenommen, und dort und in anderen Bundesländern hat das CHE ihr Modell der „entfesselten Hochschule“ durchgesetzt, die in sogenannten Hochschulräten von Wirtschaftsmanagern beraten wird und für deren Bedürfnisse am

Keks- und Softdrinkhersteller finanzieren Unterrichtsmaterialien

Markt ausbildet. Sie verändern die Ausrichtung, indem sie Studenten nicht mehr allgemein für einen Beruf bilden, sondern ausbilden.

Alte und neue Akteure kämpfen um Marktanteile. Zum einen dringen Unternehmen in neue Felder vor. Der Keks-Hersteller Bahlsen, Coca-Cola oder Sparkassen finanzieren Unterrichtsmaterialien. Der Versicherungskonzern Allianz organisiert einen kostenlosen „Berufschancen-Test“ für Schüler – und nutzt die gesammelten Daten zur Kundenwerbung. Das Potential für Geschäftsideen ist riesig: Bundesweit gibt es etwa 45.000 Schulen mit rund zwölf

Millionen Schülern, die über rund zweieinhalb Milliarden Euro Taschengeld und Geldzuwendungen jährlich verfügen.

Seit einigen Jahren drängen auch neue private Anbieter auf diesen Markt. Sie verkaufen vor allem Dienstleistungen in den Bereichen Qualitätsentwicklung, Evaluation, Beratung, Coaching von Schulleitern, Fortbildung von Lehrkräften, E-Learning sowie Entwicklung und Vertrieb von Unterrichtsmaterialien. Dazu gehören beispielsweise der Privatschulkonzern Phorms Holding SE und der Berliner Verein Bildungscen e. V. Phorms unterhält in Berlin, Hamburg, Frankfurt, Steinbach/Taunus und München Kitas, Vorschulen, Grundschulen und Gymnasien und unterrichtet bilingual rund 1.800 Kinder.

In Stuttgart residiert mit Klett einer der größten Schulbuchverlage des Landes, der sich selbstbewusst „das führende Bildungsunternehmen in Deutschland“ nennt. Das Geschäft läuft international: Die Klett Gruppe betreibt 59 Einzelunternehmen an 40 Standorten in 17 Ländern. Klett verlegt nicht nur das klassische Schulbuch, den „Grammatiktrainer“ sowie Ratgeber für die erfolgreiche Bewerbung, Fachliteratur oder Tolkiens „Der Herr der Ringe“. Im Angebot sind heute auch Schulen und Bildungseinrichtungen für jede Altersstufe: für Kleinkinder über Schüler bis zu Erwachsenen. Dazu hat Klett im Oktober 2011 eine Tochterfirma gegründet, die derzeit rund 30 Kitas, Krippen und Ganztageschulen betreibt und zum Schuljahr 2012/13 eine Ganztages-Grundschule in Stuttgart starten will.

Vor Jahren hat auch Bertelsmann mit seiner Dienstleistungstochter Arvato schon einmal Pläne für das Betreiben von Privatschulen in Deutschland entwickelt. Kritiker fürchten, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis Bertelsmann die Pläne aus der Schublade holt. Eine Tochterfirma von Bertelsmann hat bereits eine Plattform für Online-Nachhilfe entwickelt. „An dem Megageschäft Bildung kommt das Unternehmen Bertelsmann gar nicht vorbei“, sagte Stiftungschef Gunter Thielen gegenüber der FAZ und fügte vorsichtshalber an: „Aber wir passen auf, dass wir hier die Dinge auseinanderhalten. Die Stiftung wird ja oft als Speerspitze der unternehmerischen Interessen des Konzerns beschrieben. Das ist komplett falsch.“

Zwar versichert die Bertelsmann Stiftung, dass sie unabhängig agiere. Aber ihr Chef Gunter Thielen ist zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Bertelsmann AG und muss deshalb auch Interesse am Gewinn haben. Das Unternehmen sieht einen riesigen Wachstumsmarkt – Analysten schätzen das Volumen des tertiären Bildungssektors weltweit auf über eine Billion Dollar. Gemeinsam mit Hochschulen will Bertelsmann nun Online-Studiengänge und zusammen mit der Brandman University in den USA ab August auch bilinguale Studiengänge anbieten, die vor allem auf die spanischsprachige Bevölkerung in den USA zugeschnitten sein werden. Wenn die Privatisierung der Bildung in Deutschland weiter voranschreitet, wird man dieses Geschäft kaum auf die USA beschränken. ←



Einbildung

„Einbildung ist auch 'ne Bildung“, hieß es früher gern, wenn einem jemand arrogant vorkam.

Tatsächlich ist die Einbildungskraft ein wichtiger Faktor im kreativen Prozess. Sich etwas vorzustellen ist oft der Antrieb, etwas auch real werden zu lassen. Der produktiven Einbildungskraft hatte bereits der Philosoph Immanuel Kant (1724 bis 1804) eine zentrale Bedeutung zugesprochen. Jeder von uns empfängt auf sinnliche Art Eindrücke – ohne darüber nachzudenken.

Dann wieder nehmen wir verstandesmäßig Dinge wahr, ohne sie sinnlich zu empfinden. Um nun beides – Verstand und Sinnlichkeit – miteinander zu verknüpfen, braucht es, sozusagen als Bindeglied, die Einbildungskraft. So sagt es Kant. Wenn das nicht produktiv ist.